

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 7

Artikel: Wohin geht Indien?
Autor: Abosch, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336592>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

30. Jahrgang

JULI 1951

Heft 7

HEINZ ABOSCH

Wohin geht Indien?

Seit der Korea-Krise hat die indische Regierung begonnen, eine außenpolitische Rolle ersten Ranges zu spielen. Die großen Linien dieser Politik sind hinlänglich bekannt geworden. Der Ministerpräsident Indiens, Nehru, gilt als der hervorragendste Wortführer einer «dritten Kraft», die sich zwischen die beiden großen Mächtegruppen zu schieben versucht. Die Verdammung Nordkoreas durch die UNO unterstützend, hat sich die indische Regierung unaufhörlich gegen eine Entscheidung ausgesprochen, die ausschließlich durch die militärische Gewalt herbeigeführt würde, und für eine Befriedung, die die politischen Faktoren in Rechnung stellt. Unter diesen verstand sie einen Kompromiß zwischen den großen Blocks und die Annahme einer Neuordnung Asiens, das heißt der nationalen Befreiung der bislang unterdrückten Völker. Eine solche Haltung hat zweifellos einen bedeutenden Einfluß auf die Politik der englischen Regierung ausgeübt, die den neuen chinesischen Staat anerkannte und den Mac-Arthur-Kurs bremste. Ist das alles bekannt, so werden die beständigen Elemente der indischen Außenpolitik und deren soziale Ursachen oft noch ignoriert.

Die soziale Struktur Indiens

Die heutige indische Republik ist nicht mit dem Indien zu verwechseln, das unter englischer Obrigkeit stand. Der Abzug der Engländer hat eine politische Zerteilung der Halbinsel nach sich gezogen: der größte Teil der mohammedanischen Bevölkerung gehört nun zu Pakistan. Diese Trennung war hauptsächlich durch den religiösen Fanatismus einer primitiven Bevölkerung veranlaßt worden, wirtschaftlich aber keineswegs gerechtfertigt. Sie war für die 350 Millionen der neuen indischen Republik besonders verhängnisvoll. So setzte sich diese zwar aus 77 Prozent der Gesamtbevölkerung

der Halbinsel zusammen, sie erhielt aber nur 73 Prozent der Fläche, 72,5 Prozent der Reiskulturen und 70 Prozent des Getreideanbaus. Das bewirkt, daß die Ernährungslage des neuen Staates eine denkbar ungünstige ist. Eine ständige Unterernährung hat bereits zur Zeit der englischen Besetzung geherrscht, heute besteht jedoch in vielen Gebieten eine tatsächliche Hungersnot. Und dabei dürfen wir keineswegs mit europäischen Maßstäben messen: eine geringe Mahlzeit pro Tag gilt in Indien als normal. Die durchschnittliche Tagesration beträgt 1000 Kalorien, während theoretisch 2600 als lebensnotwendig erachtet werden. Die verheerenden Auswirkungen der Teilung zwingen die indische Regierung, jährlich etwa 4 Millionen Tonnen Reis und Getreide einzuführen, die sie aus dem Pakistan hätte beziehen können. Im Jahre 1949 gab sie dafür 100 Millionen Pfund Sterling aus. Seit der Teilung ist deshalb die Handelsbilanz in einem wachsenden Defizit (die Importe werden nur zu 60 Prozent durch den Export gedeckt). Eine andere Ursache der ungünstigen Handelsbilanz bildet die Notwendigkeit der Einfuhr von Baumwolle und Jute, über die ebenfalls der Pakistan verfügt. Im selben Jahr 1949 mußte Indien 1 Million Ballen Baumwolle aus dem Pakistan beziehen. Damit nicht zufrieden, ist dieser mohammedanische Staat immer mehr dazu übergegangen, seinen Handelsverkehr nach andern Ländern zu verlagern. Das muß die indischen Schwierigkeiten nur noch weiter vermehren. Und das wird dabei auch bezweckt. Denn die Spannung zwischen den beiden Staaten hat sich noch längst nicht gelegt. Da ist vor allem die Streitfrage um Kaschmir, ein Gebiet, das sowohl von Indien als vom Pakistan gefordert wird. Dieses Problem ist äußerst akut und sogar vor die UNO gekommen. Es dient im übrigen den nationalistischen Tendenzen beider Länder dazu, die primitiven Haßinstinkte wachzuhalten und den Ausweg aus den Schwierigkeiten in einem «heiligen Krieg» zu suchen.

Obwohl Indien nach Japan das am meisten industrialisierte Land Ostasiens ist, ist es doch wesentlich ein Agrargebiet. 1941 lebten 87 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande. Wie wir gesehen haben, reicht diese Masse nicht aus, einen halbwegs normalen Lebensstandard zu sichern. 1943 wurde festgestellt, daß nur die Hälfte des besten Bodens bebaut war. Es nimmt deshalb nicht wunder, daß 30 Prozent der Bauernbevölkerung als unterernährt betrachtet werden und daß das Durchschnittsalter 22 Jahre beträgt (Indien hat einen der höchsten Prozentsätze der Sterblichkeit). 1946 schätzte man das durchschnittliche Jahreseinkommen in Indien auf 170 DM, in Japan auf 400 DM und in Großbritannien auf 2700 DM. Welches sind die Ursachen der schwachen Produktion? Sie sind verschiedener Art. Da sind die uralten Bearbeitungsmethoden, verständlich in einem Lande, das in seinen Auffas-

sungen so wenig dem Fortschritt zugetan ist. Da ist weiter die außergewöhnliche Zerstückelung des Bodens. Nach der herrschenden Sitte wird er nach dem Tode des Vaters unter alle Söhne aufgeteilt. Bei der starken Vermehrung der Bevölkerung (sie wächst in zehn Jahren um 10 Prozent) bedeutet das die Schaffung unendlich kleiner Parzellen, von denen viele nicht einmal eine Are betragen. Einen ganz besonders ungünstigen Einfluß übt die Tatsache aus, daß der Großteil des Bodens Besitz einer kleinen Minderheit ist, die ihn an die Mehrheit der Bauern verpachtet. Jede Produktionssteigerung wird jedoch für dieselben uninteressant, weil der zu entrichtende Zins noch schneller ansteigt. Das führt dazu, daß die Erzeugung auf einem niedrigen Niveau stagniert, während sich die Lebensverhältnisse durch das schnelle Anwachsen der Bevölkerung beständig verschlechtern: in zehn Jahren (von 1931 bis 1941) sank die jährliche Getreidekonsumation pro Kopf von 174 auf 164 Kilo. Die Reiserzeugung fiel von 140 Millionen Tonnen im Jahre 1938 auf 131 Millionen Tonnen im Jahre 1947. Die ungünstige Entwicklung in der landwirtschaftlichen Produktion wurde auch durch die Tendenz der Großgrundbesitzer hervorgerufen, sich mit der Verpachtung ihrer Ländereien zu begnügen. Eine kapitalistische Großproduktion fehlt daher auf dem Lande fast ganz.

Die Agrarfrage ist das Kernstück des sozialen Problems in Indien. Nicht nur, weil es darum geht, der Drohung einer beständigen Hungersnot zu begegnen, sondern weil sie den größten Teil der Bevölkerung direkt interessiert. Ohne eine Enteignung des großen Grundbesitzes ist keine Steigerung der Produktion möglich, ebensowenig wie eine Beseitigung der immer stärker werdenden sozialen Spannung. Wir haben hier Verhältnisse, wie sie in den meisten zurückgebliebenen Ländern vorhanden sind. Ein Vergleich mit China drängt sich da ganz besonders auf, allerdings auch auf andern Gebieten. Die Regierung ist sich der Dringlichkeit des Problems zwar bewußt, hat jedoch *praktisch bisher nichts* in die Wege geleitet. Seit 1948 gab es wiederholte Bauernaufstände, die in eine regelrechte Guerilla ausmündeten. Diese Bewegungen wurden von den Kommunisten unterstützt, was der Regierung den Vorwand gab, sie blutig niederzuwerfen. Man würde aber einen folgeschweren Fehler begehen, wollte man die demokratische Bauernbewegung mit stalinistischen Ränkespielen gleichsetzen. Denselben könnte man keinen größeren Dienst leisten: eine Entwicklung wie in China wäre dann unvermeidlich. In der Tat kämpft die Sozialistische Partei Indiens mit Entschlossenheit für die Landreform und macht den Stalinisten die Führung der Bauernmassen streitig.

Ist die Industrialisierung noch geringfügig (die Eisenproduktion beträgt

900 000 Tonnen), so gibt folgende Statistik doch über einen schnellen Fortschritt der modernen Wirtschaftsweise Aufschluß:

In den Jahren 1931 bis 1941 nahmen die bäuerliche Bevölkerung um 12 Prozent, die Einwohnerschaft der Städte um 33 Prozent und die der Großstädte sogar um 74 Prozent zu. Das läßt auch auf eine besonders starke industrielle Konzentration schließen, eine Tendenz, die wir in fast allen zurückgebliebenen Ländern antreffen und die neben einer primitiven Bauernmasse ein modernes Proletariat erstehen läßt. Verglichen mit dem Elend der Bauern, nimmt sich die Lage der Proletarier fast als erträglich aus. Sie ist aber schlimm genug. So verdienen die Textilarbeiter, die Elite der indischen Arbeiterschaft, nicht mehr als 64 DM monatlich. Ein solches Einkommen liegt zwar um ein Beträchtliches über dem der Bauern, erlaubt aber kaum mehr, als ein elendes Dasein zu fristen. So wohnen die Arbeiter eines der größten indischen Magnaten, Birla, in einer Stadt von fensterlosen Zellen, die die Fabrik umgeben. In diesen kleinen, schmutzigen Löchern wohnen drei Schichten von Arbeitern. Ein jeder von ihnen muß eine Miete von 16 DM entrichten. Jede Zelle bringt dem Besitzer auf diese Art monatlich 48 DM ein. Dabei ist die Lage der Textilarbeiter verhältnismäßig günstig. Von den 750 000 Eisenbahnern verdiente 1947 die Hälfte nur 28 DM im Monat, also weniger als 50 Prozent des Lohnes in der Textilindustrie. Finden wir in der landwirtschaftlichen Erzeugung eine Stagnation, so können wir Ähnliches im industriellen Sektor feststellen. Der Index der Industrieproduktion erreichte während des letzten Krieges einen Höhepunkt mit 126. Im Jahre 1946 war er auf 105 abgefallen, um 1948 sich wieder auf 114 zu erheben. Die während dieser Zeit vor sich gegangene Inflation hat die Lage der Massen ebenfalls nicht verbessert. In der Zeit von 1937 bis 1947 stiegen die Lebenskosten um 150 Prozent, die Löhne der Eisenbahner zum Beispiel indessen nur um 29 Prozent. Im Durchschnitt rechnet man damit, daß sich das Real-einkommen seit 1939 um etwa 20 Prozent gesenkt habe.

Die Regierung unternimmt eifrige Versuche, die industrielle Produktion zu unterstützen. Große Erfolge hat sie dabei nicht erzielt, denn das einheimische wie das fremde Kapital ist eher widerspenstig. Es fehlt an großen Kapitalinvestitionen. Hat die Regierung den größten Teil der Arbeiterschaft gegen sich, so begegnet ihr ein Teil des Kapitals mit Mißtrauen. Den einheimischen Kapitalisten mißfällt die Begrenzung der Gewinne, während das ausländische Kapital die Vorschrift kritisiert, nach der es sich nur als Minderheit zu beteiligen habe. So bleibt der Kapitalmarkt leer. Die Sparguthaben nehmen von Jahr zu Jahr ab, die Anleihen der Regierung werden nicht gezeichnet, während sich die schwarzen Gewinne der Kriegsspekulation nach

wie vor verbergen. Statt der 3 Milliarden Rupien, die als jährliche Investition als notwendig erachtet werden, gibt es daher nur 500 Millionen, wovon das Ausland nicht viel mehr als den zehnten Teil liefert. Damit ist der Regierungsplan, nach dem in fünf Jahren 14 Milliarden investiert werden sollten, vollständig in Frage gestellt. In Anbetracht der gigantischen Aufgaben hat sie sich bereits auf den Weg einer staatlichen Wirtschaftspolitik begeben. Sie kann diesen Weg jedoch nicht zu Ende gehen, da sich in ihren Reihen Vertreter der privaten Wirtschaft befinden und einer solchen Politik selbstverständlich einen scharfen Widerstand entgegensetzen.

Die politischen Formationen

Die Befreiung von Großbritannien hat Indien zu einer demokratischen Republik werden lassen. Im Januar 1950 ist die neue Verfassung in Kraft getreten, die die modernen staatsbürgerlichen Freiheiten garantiert. Auf dem Papier wurden so von einer englisch gebildeten Intelligenz Tausende von Jahren zurückgelegt. Die Religion soll Privatsache werden, und der Mensch soll gleich sein und nicht mehr verschiedenen Kasten angehören. Die moralische Revolution ist somit ungeheuer. Ist sie immer effektiv? Das ist fraglich. Jahrtausendealte Vorurteile können nur im Laufe einer längeren Entwicklung verschwinden. Und außerdem: die Massen sind vielleicht für diese moralische Befreiung heute noch wenig zugänglich. Die wirtschaftlichen Probleme berühren sie viel direkter. Der Führer der Sozialistischen Partei, Narayan, sagte das auf folgende Art: «Die Frage der bürgerlichen Freiheiten ist keine rein akademische Frage. Sie ist eng mit dem Problem des Bodens und des Volkswohlstandes verbunden. Gegenwärtig versucht man, die Stimme des Volkes zum Schweigen zu bringen.» Stand im Indien von gestern der Kampf gegen England im Vordergrund und ermöglichte er eine Einheitsfront aller Klassen, so treten heute die inneren Klasseninteressen hervor. Der politische Ausdruck der antienglischen Einheitsfront war die Kongreßpartei. Um die gewaltige moralische Aktivität Gandhis hatten sich die verschiedensten Tendenzen – von kapitalistischen über feudalistische bis zu sozialistischen – zum Kampf gegen Großbritannien geschart. *Seit dem Sieg haben die Besitzenden jedoch nicht aufgehört, den Kongreß immer mehr unter ihre Obhut zu bringen.* Der Tod Gandhis hat diese Entwicklung bedeutend erleichtert. So ist die Macht Nehrus, der sozialistischen Gedanken nahesteht, immer mehr eine fiktive geworden. Seine große Popularität dient gegenwärtig den Vertretern des Kapitals dazu, ihre Positionen zu festigen. Für die politische Ent-

wicklung des Kongresses mögen zwei Ereignisse zeugen: 1948 trat die Sozialistische Partei aus dem Kongreß aus, weil es offenkundig wurde, daß eine soziale Politik sich in seinen Reihen nicht mehr durchsetzen könne. Statt dessen wurde den Mitgliedern der rechtsradikalen RSS, die mit dem Mord an Gandhi in Verbindung steht, 1949 erlaubt, in die Regierungspartei einzutreten. Tibor Mende, früherer Redaktor am «New York Herald», nennt den Kongreß *«ein fremdartiges Amalgam von Wucherern, gierigen Händlern und Industriellen, vereint mit Philosophen, die Anhänger der Gewaltlosigkeit sind.»* Und weiter sagt er: «Indien wird von einer Partei regiert, die auf dem Abstieg ist, die wohl die Macht, aber keine Energie mehr hat.»

Unter dem Druck der kapitalistischen Tendenzen ist der Kongreß dazu übergegangen, sich vermittels verstärkter Gewaltanwendung an der Macht zu halten: Ausschaltung der konstitutionellen Freiheiten, Repression gegen die streikende Arbeiterschaft (1947 gab es 1,7 Millionen streikende Arbeiter, 1948 1,3 Millionen), Niederschlagung der Bauern, die sich den Boden aneignen¹.

Neben dem Kongreß, der noch immer die bei weitem stärkste politische Kraft ist – er zieht Nutzen vom Nimbus, den ihm die nationale Befreiung verschafft hat –, gibt es auf der Rechten den konservativen Mahasabah und die offen faschistische RSS. Auf der Linken finden wir die KP und die SP. Beide Parteien teilen sich in der Beeinflussung der Gewerkschaften, die über eine Million Mitglieder umfassen. Der Einfluß der KP in der Arbeiterschaft und zum geringeren Teil auf dem Land ist bedeutend, doch noch nicht entscheidend. Die Kommunisten sind durch ihre während des letzten Krieges betriebene Politik schwer belastet, wo sie die Nationalbewegung bekämpften, um nicht die Anstrengungen der Alliierten zu stören. In der letzten Zeit werden sie immer stärker von der Aktion der Sozialistischen Partei behindert, die die Interessen der Arbeiterschaft verteidigt und die brennende Agrarfrage in den Vordergrund stellt. Das Ziel des Führers der Partei, Narayan, ist es, den Kampf friedlich durchzufechten. Er hat aber erklärt: *«Wenn der Kongreß dem Volk weiter seine Freiheiten vorenthalten und immer faschistischer werden sollte, wird keiner in unserem Lande Gewalttätigkeiten und Sabotage verhindern können.»* Die Entwicklung hängt also zum Teil vom Kongreß ab, keineswegs vom guten Willen Nehrus. Gegenüber der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und der zunehmenden Agrarbewegung wird die Regierungspartei sich unvermeidlich zugunsten ihres rechten Flügels zersetzen. Die Polarisierung der Rechten wird aber mit einer solchen der Linken

¹ Die Situation Indiens erinnert lebhaft an diejenige Rußlands unter Kerenskij (Sommer 1917).
V. G.

Hand in Hand gehen. Diesen Prozeß sollte die Auslandshilfe aufhalten. Das ist aber bis heute nicht mehr als eine Illusion. Die ausländischen Kapitalinvestitionen, einschließlich der USA-Hilfe, sind minimal. Der vierte Punkt Trumans verfügt über 45 Millionen Dollar, während Chiang-Kai-Shek 3,5 Milliarden erhalten hat, eine Summe, die nicht ausreichte, sein Regime zu retten. Das Mißtrauen der USA kam in der Frage der Getreidelieferung zum Ausdruck, wo der amerikanische Kongreß während eines Jahres keinen Entschluß fassen wollte und erst eingriff, nachdem sich China und die USSR zu einer Hilfe bereit erklärten.

Die indische Außenpolitik das Lavierens zwischen den Mächtigkeitsgruppen erklärt sich somit durch die innere Schwäche des gegenwärtigen Regimes: ein neuer Krieg müßte seine Zersetzung nur noch beschleunigen. Andererseits sind aber die Interessen der heute herrschenden Klassen maßgebend: *die junge indische Bourgeoisie fürchtet sowohl den Kommunismus wie die amerikanische Expansion*. Sie möchte sich keineswegs für immer in die Rolle eines Satelliten der USA versetzt sehen. Vermittels der nationalen Bewegung an die Macht gelangt, unterstützt sie in allen asiatischen Ländern den Kampf gegen die Kolonialmächte, vorausgesetzt, daß er nicht zur Machtergreifung der Kommunisten führt. Ihr Ziel ist es, die Rolle eines Führers der asiatischen Völker zu übernehmen. Es ist wahrscheinlich, daß ihre Präntentionen weit über ihre praktischen Möglichkeiten hinausgehen, denn der Bourgeoisie der kolonialen Länder ist es bisher kaum gelungen, auf die Dauer an der Macht zu bleiben.

ALFRED JOACHIM FISCHER

Neue Wege der jugoslawischen Sozialpolitik

Beograd, im Juni 1951.

Es ist schwer, von den allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen in Jugoslawien begeistert zu sein, wenn man sie auch oft aus der schwierigen Situation dieses Landes heraus versteht. Von Woche zu Woche – mindestens solange ich hier bin – steigt die Preiskurve. Besonders niedrige Mieten und ein recht kompliziertes System aus Vorzugspunkten bilden einen gewissen Ausgleich. In größerem Umfang kommt er aber nur bestimmten Schichten, zu